

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Filialabonnements für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Bunner,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Erscheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hohestraße 4.  
die Genossenschaftsbuchhandlung, Zeilstraße 44.  
H. Debel, Petzstraße 18.  
J. Müller, Papestrasse 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 93.

Mittwoch, 20. November.

1872.

Des sächsischen Bußtags wegen erscheint die nächste Nummer einen Tag früher, also Freitag, den 22. November.

## Parteienossen!

Auf dem Kongresse zu Mainz ward ein Beschluß gefaßt, welcher für den Parteiausgang die Richtschnur seines Handelns gegenüber dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein liefern sollte. Bisher hatten einige der hervorragenden Mitglieder unserer Partei einen ununterbrochenen, erbitterten Kampf geführt gegen die Leiter jenes Vereins, diese hatten ihnen in ebenso erbitterter Weise geantwortet, und der Kampf, erzeugt durch die Vorwürfe einzelner Personen war verkehrt worden in einen Krieg zwischen den beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie. Das konnte aber nur geschehen zu deren eigenen Schaden und zu Nutz und Frommen aller gemeinsamen Gegner. Durchdrungen von dieser Ueberzeugung beauftragte der mainzer Kongress den Parteiausgang, ein prinzipielles Zusammengehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein immer von neuem zu versuchen und bewies durch die Wahl der Worte, daß er fürchten müsse, es werde ein einmaliger Versöhnungsversuch keinesfalls zum Ziele führen. Immer von neuem sollte der Ausschuss eine Einigung herbeizuführen suchen, und er, als die Exekutivbehörde unserer Partei sollte die ersten Schritte zur Ausöhnung dem Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins entgegen thun.

Hat der Ausschuss diesen bedingungslos erteilten Auftrag ausgeführt? Nein! Er glaubte das nicht mehr thun zu können, weil die Redaktion des Parteiorgans ihm mit einem Einigungsvorschlage zuvorgekommen war und ihm die Initiative, die unstreitig allein den Parteibehörden zustand, aus der Hand gerissen hatte. Daß dieser nicht von unserer Parteileitung ausgehende, nicht an die Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gerichtete und mit Angriffen eingeleitete Vorschlag vom „Neuen Sozialdemokrat“ nicht sofort mit Jubel aufgenommen werden würde, das war leicht voraussehen, selbst wenn der Kampf weniger erbittert geführt und der Haß weniger reichlich genährt worden wäre. Wenn trotzdem die Redaktion des „Volksstaat“ nach wenigen Wochen, während deren keine Antwort erfolgt war, den alten Streit in allerheftigster Weise wieder aufnahm, so bewies sie damit, daß sie die Situation völlig verkannt und den Sinn der mainzer Beschlüsse nicht erfaßt hatte oder nicht erfassen wollte und endlich, daß sie sich zugleich über die Grenzen ihrer Befugnisse in einem schwerwiegenden Irrthum befand. Sie hatte nie und nimmer das Recht die kaum zum Schweigen gebrachte Zwietracht wieder anzufachen, sie hatte nie und nimmer die Befugnis in offiziellen Theile des Parteiorgans Privatansichten Raum zu geben, denn sie war und ist nichts anderes als das Organ der Partei, sie vertritt allein deren Ansichten und sie darf weder in tatsächlichen noch in prinzipiellen Fragen diese Ansichten zu leiten versuchen, sondern muß sich rückhaltlos von ihnen leiten lassen.

Die Redaktion darf keine Privatmeinung haben; die Privatmeinung der Redakteure gehört in den Theil des Parteiorgans, wo allen übrigen Parteienossen dasselbe Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Redaktion hat also willkürlich gehandelt, und ihr Vorgehen hat noch dazu einen großen, schwer wieder gut zu machenden Fehler veranlaßt, es hat den Vorwurf ermöglicht, wir meinten die Versöhnung nicht ehrlich, uns wäre die Fortsetzung des Zwistes nicht im höchsten Grade unwillkommen, und die mainzer Beschlüsse wären nur gefaßt worden, um bei nächster bester Gelegenheit vergessen zu werden.

Freilich ist uns durch mancherlei Ereignisse die Anbahnung der Einigung sehr erschwert worden. Unser Versöhnungsdrang hat keinen freundlichen Wiederhall gefunden in den Reihen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, eine oder einige von den Versammlungen unserer Parteienossen sind durch Mitglieder dieses Vereins gestört worden, Agitatoren desselben sind an Orten erschienen, wo wir durch zahlreiche Anhänger vertreten sind, das alles konnte den andauernden Grund abgeben, einzelne Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vor der Öffentlichkeit in erster, würdiger Weise der Schmäherung der Sozialdemokratie anzuliegen oder daraus konnte vielleicht ein Vorwurf gemacht werden für die Leitung jenes Vereins, aber unsere Versöhnlichkeit durfte dadurch nicht im mindesten geschwächt werden, nach wie vor mußten wir die einmal dargebotene Hand angestreckt halten, gerade jetzt konnten wir durch unerschütterliches Festhalten an dem auf dem mainzer Kongresse Beschlossenen auch den Gegnern beweisen, daß der Frieden in den Reihen derer, welche sich um die Fahren des Proletariats geschaart haben, unser erstes, unser eifrigstes Streben ist. Das sollten, das konnten wir; denn wir wiederholen es, was gegen uns gesündigt worden ist von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, das ist geschehen durch Einzelne seiner Mitglieder, über die wir füglich zur Tagesordnung übergehen können, und er, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bleibt trotz alledem und alledem für uns der einzige natürliche Bundesgenosse, während auch die radikalsten Republikaner, die den Sozialismus nicht begreifen, unsre Gegner bleiben.

Thätigen wir diese Ueberzeugung ohne Unterlaß, so kann der Kampf auch von der andern Seite nicht allzulange mehr fortgesetzt werden, und es muß schließlich die Einigung erfolgen, im Nothfalle selbst über die Köpfe derer hinweg, deren Unverständnis oder deren Interesse bisher die Zwietracht willkommen hieß.

In diesem Sinne fordern wir den Parteiausgang auf, unverbrüchlich festzuhalten an den Versöhnungsbeschlüssen des letzten Parteikongresses und hoffen, daß er nun sofort bei dem Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die geeigneten Schritte zur vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten thun wird.

Die Redaktion ersuchen wir aber in voller Uebereinstimmung mit dem Ausschuss jeden Angriff gegen die Leiter oder das Organ der anderen Fraktion der deutschen Sozialdemokratie zu unterlassen und künftighin für private Meinungsäußerung den gebührenden Platz und die gebührende Form zu wählen.

Unsere Parteienossen aber rufen wir auf zu unserer Unterstützung im Kampfe für die Einigkeit der sozialdemokratischen Parteien!

Wir, deren Parteihandeln in der Mittellosgkeit und der Indifferenz der Massen so schwere Hindernisse findet, müssen wenigstens und unter allen Umständen diejenigen auf einem Wege und unter gemeinschaftlichem Banner vereinigen, welche sich bereits emporgerafft haben zum Verweissungskampfe gegen die alte unbarmherzige, fluchbeladene Gesellschaftsordnung.

Parteienossen helft!!

Und Ihr, Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vereinigt Euch mit uns in dem aus tiefster Seele dringenden Rufe: Nieder mit der Zwietracht!

Hoch über alle Zeiten und über alle Länder, hoch die geeinte soziale Demokratie.

Die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.  
J. A.: Bruno Geiser, H. Lehme, E. Faerber, R. Kayser.

## Sozialdemagogisches.

(Fortsetzung der Artikel: „Gegen die Provinzialkorrespondenz“.)

„Die Staatsgewalt muß die Revolution organisiren. Einen andern friedlichen Ausweg aus dem Labyrinth gibt es nicht. Stemmt die Staatsgewalt sich gegen die Bewegung des Proletariats, wie weiland die Staatsgewalt in Frankreich sich gegen die Bewegung der Bürgerklasse stemmte, so wird wie damals die Bewegung sich unter furchtbaren Konvulsionen gegen die Staatsgewalt vollziehen. Vermeidet aber die Staatsgewalt die damals begangenen Fehler, so wird die Bewegung sich mit Hilfe der Staatsgewalt, reformatorisch, gesehlich vollziehen. Vollziehen wird sie sich so oder so.“

Mit diesen Worten bezeichneten wir in einem früheren Artikel die Stellung der Staatsgewalt zur sozialen Bewegung. Entweder organisirt der Staat die soziale Bewegung, oder er geht im Kampfe gegen sie zu Grunde. — Der Kampf des Staats gegen die Sozialdemokratie kann aber auf zweierlei Weise geführt werden: offen, brutal durch die Polizei, in letzter Instanz durchs Militär; geheim, „unterirdisch“, diplomatisch, indem die Regierung scheinbar unter der Hand auf die Forderungen der Arbeiter eingeht, jedoch nur in der Absicht, sich der Bewegung zu bemächtigen und sie anzubenten. Dieser Weg ist der einfachste, hat jedoch bis heute, trotz größter Anstrengungen der ihn Wandelnden, so wenig seinem Zweck entsprochen, daß selbst die borniertesten „Staatsmänner“ — sit venia verbo — an seiner Unfehlbarkeit zu zweifeln beginnen; der zweite Weg, der natürlich die gelegentliche Benutzung des ersteren nicht ausschließt, — das heißt die Politik, welche darin besteht, der Sozialdemokratie die Sozialdemagogie entgegen zu setzen, bietet den Feinden der gesellschaftlichen und staatlichen Fortentwicklung allerdings gewisse Vortheile, führt übrigens eben so sicher zu dem nämlichen Ziel: dem Bankrott der Staatsgewalt und dem Triumph der sozialistischen Ideen.

Betrachten wir nun kurz, in skizzenhaften, auf Vollständigkeit keinen Anspruch machenden Umrisen die Leistungen der preussischen Regierung und zwar speziell des Ministeriums Bismarck auf dem sozialen Gebiete.

Vor mehreren Wochen waren es 10 Jahre, daß der jetzige Fürst Bismarck die Zügel des preussischen Staats in die Hände bekam, nachdem er an den Höfen des französischen Dezembekaisers und des russischen Czaren Ansehensunterricht in den verschiedenen Sorten des Absolutismus genossen hatte. Das mit der ihm eigenen „Aufrichtigkeit“, (eine Manier, die Wahrheit nach Bedarf zu verbergen, die für die „plumpen“ Deutschen\*) sich besser eignet als die französische Pügensinnigkeit) verkündigte Programm, vor welchem der König anfangs gescheut hatte, lautete: „Allianz mit Frankreich und Rußland — Hinanwerfung Oesterreichs aus Deutschland“. Die Mittel behielt er für sich. Aber für Jeden, der über drei zählen kann, war es von vornherein klar, daß man, um der „deutschen Cavour“ zu werden, auch zu Cavour'schen Mitteln greifen, gleich Cavour sich die Volkskraft dienstbar machen, und im Nothfalle vor einem „deutschen Rizza“ nicht zurückschrecken mußte.

Der neue Minister war in einer sehr ungünstigen Lage: das, die ganze öffentliche Meinung beherrschende, die Volksmassen nach sich ziehende Bürgerthum konnte die rothreaktionäre Vergangenheit des jüngerlichen Heißsporns nicht so ohne Weiteres aus dem Gedächtnis streichen; und, statt die Volkskraft für sich zu haben, hatte der angehende „deutsche Cavour“ sie gegen sich. Im Ministerium bleiben, war eine Kleinigkeit: dazu reichte den fortschrittlichen Schönrednern, gegenüber der „passiven Widerstand“ aus, der die vortrefflichste Politik von der Welt ist, wenn man — die Macht hat. Allein dieser negative Erfolg genügte nicht, es bedurfte des positiven: die öffentliche Meinung um- und sich

freundlich zu stimmen, die Elementarkraft des Volks sich zu sichern, das hochbeinige Bürgerthum selbst „moralisch zu erobern“.

Wie das Alles durch Mittel erreicht wird, die „herzlich dumm“ und doch, weil auf „herzlich Dumme“ berechnet, zugleich „verflucht geschickt“ waren, hat uns hier nicht zu beschäftigen. Wir haben es bloß mit dem Aushilf zu thun, welchen die Sozialdemagogie dran hat.

Kann war Herr von Bismarck im Ministerium, so verbreitete sich geheimnißvoller Weise in Arbeiterkreisen zu Berlin das Stichwort: „mit Schulze und seiner Selbsthilfe ist's blauer Dunst, den Arbeitern kann nur der Staat helfen“. Ein gewisser Eichler, Maschinenbauarbeiter wenn wir nicht irren, und was sicher — wegen anti-Schulz'scher Aeußerungen von seinen „liberalen“ Arbeitgebern aufs Pflaster geworfen, tauchte plötzlich als „Agitator“ auf, berief mehrere Arbeiterversammlungen und schlug einen Arbeiterkongress vor. Der Gedanke eines „Deutschen Arbeitertags“ war schon vorher in Leipzig, das in der That mit vollem Recht die „Wiege der deutschen Arbeiterbewegung“ genannt werden kann, angeregt und lebhaft bestritten worden; und Eichler, dem sehr viel darauf ankam, daß der beabsichtigte Kongress in keiner anderen Stadt als Berlin abgehalten werde, begab sich nach Leipzig, um eine Verschmelzung der beiden Pläne, und die Berufung des Kongresses nach Berlin zu erwirken. Im Leipziger Arbeitercomité ging indes die Sache nicht so glatt ab; es entstanden Debatten über die politische Seite der Arbeiterbewegung, und in der Hitze des Gefechts erklärte Eichler: „Selbsthilfe ist Unstun; ohne Staatshilfe sind die Arbeiter verloren; ich weiß aus erster Hand, daß die preussische Regierung den Willen hat, sich der Arbeiter anzunehmen, namentlich Produktivgenossenschaften zu gründen. Ich kann z. B. mittheilen, daß Herr von Bismarck zur Gründung einer Maschinenproduktivgenossenschaft 30,000 Thlr. (oder 85,000 Thlr. — die Höhe der von Eichler angegebenen Summe ist uns nicht mehr genau erinnerlich) zu liefern bereit ist, natürlich: kein Dienst ohne Gegenstand, und es versteht sich von selbst, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei den Rücken drehen müßten — was indes nur vernünftig, da die Fortschrittspartei, die Partei der Bourgeoisie, die Hauptfeindin der Arbeiter ist“.

Die Eichler'schen Vorschläge erregten einen Sturm der Entrüstung und der „Berliner Arbeiterkongress“ fiel ins Wasser. Eichler, das darf nicht vergessen werden, erregte sich trotz seiner „Arbeitslosigkeit“, so lange er als Agitator fungierte, einer auf-fälligen Prosperität, so daß er wiederholt interpellirt ward. In die Enge getrieben, machte er mysteriöse Anspielungen auf eine reiche vornehme Dame, die Wohlgefallen an ihm gefunden habe, was nichts Unwahrscheinliches hatte, da Eichler ein bemerkenswerth hübscher Bursche war. Die aristokratische Bettel entpuppte sich später als das Berliner Polizeipräsidium, welches dem abgedankten „Agitator“ einen Unterichluß (im Telegraphendepartement) gab. — Das Eichler'sche Anerbieten lediglich preussischer Staatshilfe für Arbeiterproduktivgenossenschaften fällt (man notire das Datum!) in den Herbst des Jahres 1862.

Im Frühling des folgenden Jahres (1863) ließ Lassalle sich durch die, notorisch mit Wagener, Bismarck und sonstigen „leitenden“ Persönlichkeiten verkehrte Gräfin Haffeldt, die seine schwerwiegenden Bedenken überwand, in die agitatorische Laufbahn hineindrängen. Eine Charakteristik und Kritik des Agitators Lassalle zu geben, ist dies nicht der Ort. Daß Lassalle im Solde der Reaktion gestanden habe, glauben selbst seine Gegner nicht mehr. Das aber steht fest, daß die Lassalle'sche Agitation zu einer Zeit begonnen wurde, wo sie der Reaktion nützen mußte, und daß sie in einer Weise betrieben wurde, welche die Ausübung durch die Reaktion sehr erleichterte; die zwei praktischen Hauptforderungen Lassalle's: allgemeines direktes Wahlrecht und Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe waren in dem Programm enthalten, das Herr Wagener (der „Erzengel“) schon ein halbes Jahr vor Erscheinen des „Offenen Antwortschreibens“ für das Ministerium Bismarck ausgearbeitet hatte. Genug: Lassalle kam dem (noch verkannten) „deutschen Cavour“ äußerst gelegen; hätte Lassalle sich nicht gefunden, er hätte von Bismarck erfunden werden müssen!). Die Eichler'schen waren nun überflüssig und konnten in die polizeiliche Kumpellnahrung geworfen werden.

Der chronologischen Ordnung halber sei hier der, in dem Winter 1862—1863 (also noch vor Lassalle's Auftreten) fallenden Bemühungen des Herrn Braß erwähnt, die avanciertesten Sozialisten: Marx, Engels, Liebknecht u., durch das Zurverfügungstellen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu einem sozialistischen Agitationsfeldzug zu veranlassen. Herr Braß, der eingestandenemmaßen im Auftrage des Herrn von Bismarck handelte, quälte sich stark ab, den „demokratischen Fond“ seines Brodherrn zur Anerkennung zu bringen.

## Njetschajeff, die „Kreuzzeitung“ und die Schweiz.

In Nr. 253 vom 29. Oktober besabbert die „Kreuzzeitung“, die alte bekannte ewige Jüdin der Schandschreibererei und Montieur der russischen Regierung in Deutschland, die schweizer Regierung im Stile jener ihrer glänzendsten Periode von 1849—1851 her. Es handelt sich nämlich für die russische Agentin um die Auslieferung Njetschajeff's.

\*) Auch für die stammverwandten Engländer paßt diese Methode. Lord Palmerston, außer Talleyrand der geriekenste Diplomat und politische Einseifer des neunzehnten Jahrhunderts, und der „größte Staatsmann Englands seit Pitt“, nach dem gewöhnlichen Urtheil, war Meister in der „Aufrichtigkeit“, der er einige seiner glänzendsten „Erfolge“ verdankte.

\*) Die Redaktion des „Volksstaat“ überläßt dem Verfasser, der, beiläufig bemerkt, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sehr genau kennt, die Verantwortlichkeit für dieses Urtheil.  
R. d. B.

Allerdings kann Niemandem das Recht zustehn, nach seinem eigenen Privatbegriff politische Kapitaljustiz zu üben. Ich selbst war der erste, denke ich, der vor Jahren schon in der europäischen Presse, und zwar im „Volkstaat“, ja sogar in russischer Sprache, die politischen Schwindlerwandlerungen des Njetschajeff bloßstellte. Uebrigens ist dieser Schlingel des Bakunin ein würdiger Kumpan gewisser Redakteure und Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“, mit dem Unterschied, daß er seinen Richterspruch selbst vollstreckte, während diese im Falle des Overtreibungsmaßes bald nach z. B. den übrigen durch die Richter des Landes zur Geltung bringen wollten. Dabei erschreckt sich die „Kreuzzeitung“ anzudeuten, daß die Schweiz „zwischen einem politischen Asyl und einer Mörderhöhle“ keinen Unterschied zu machen verstehe. Dieses Kraftstückchen ist, wie gesagt, am 29. Oktober erschienen und unzweifelhaft auch geschrieben worden. Nun war am 28. schon in Petersburg bekannt und wurde als telegraphische Depesche am 29. in den Moskauer Zeitungen gedruckt, daß Njetschajeff am 28. ausgeliefert war. Die russische Berliner Kreuzzeitung wußte dies auf Wink von der russischen Gesandtschaft, der Berliner Polizei oder beider und hat also nur die Schweiz beschimpfen und sich ihrem Lesergeföhnel von Spießbürgern, Krautjüngern und den Strudel- und Prudelwigen der Armee mit obligatem Primanerzeugnis, welche letztgenannten ja „den ersten Rang in der Gesellschaft einnehmen“ (siehe ihre Bibel, „Heerwesen und Infanteriedienst“ von A. v. Wigleben, Band 2, Seite 15), ihre Kühnheit (Brummagem) und lumpig ergatterte Prophetenweisheit darthun wollen. Wir wollen doch dieses Blutblatt (bloody paper) daran erinnern, daß 1849 die preussischen Standgerichte in Baden die Menschen vom Leben zum Tode schafften mit Einstimmigkeit der Gerichtsmitglieder oder ohne sie, ganz wie es den preussischen Paschas behagte. Es wurden auch zufällig die Mitglieder des Standgerichts gewechselt, um bei den Todesurtheilen Einstimmigkeit zu erreichen. Wodurch unterscheidet sich denn eigentlich solches Mordverfahren von dem, dessen Njetschajeff beschuldigt ist? Der Muth dieses gradföhligen (prostoduschny) Russen steht am Ende gar noch höher, als der Muth der preussischen Blutrichter in Baden, denn er mußte nach seiner Schandthat erst aus Rußland zu entkommen suchen, während die Preußen, bevor die Rebellen das Land verlassen hatten und Rußland übergeben war, aus Furcht vor Repressalien Niemanden zu mordeten wagten. Man hat also damals wol die „Mördergrube“ ganz wo anders als in der Schweiz gesehen.

Um die Verächtlichkeit des Verlangens der Auslieferung Njetschajeff's zu beweisen, fälscht unser Berliner Reaktions- und Religions-lous die Geschichte, wie folgt: „Unseres Wissens hat die russische Regierung noch nie, weder von der Schweiz, noch von irgend einem anderen Staate, die Auslieferung eines Agitators, eines nur politischen Flüchtlings verlangt.“ „Unser Wissen!“ Ja Euer Wissen hört auf, da wo die Kugel anfangen. Ist der Bagener von Dummerweis ein mehr freches als beschlagenes Individuum gewesen, die Bagener'schen Epigonen sind doch nun gar Prachtge-fellen. „Tened paciencia, que aventuras se ofrerecan, donde no solamente os pueda hacer gobernador, sino mas adelante!“ — sprach Don Quixote zum Sancho Panza. Ins Deutsche überfetzt heißt dies: „So wird man mindestens Geheimrath! Man kann auch noch mehr werden.“

Obiges schreiben sie trotz des so eben erneuten Kartellvertrages! Und nachdem die Preußen 1830—1831 und 1863 an der polnischen Gränze für die Russen die Gensdarmen gemacht. Natürlich, wenn Preußen den Flüchtlingen aus Rußland den Eintritt versperren, braucht die russische Regierung kein Auslieferungs-verlangen zu stellen. Die Kreuzzeitungsbarbaren wollen Rußlands wegen die Geschichte abschaffen, denn sonst könnten sie doch nicht annehmen, daß es schon vergessen, wie 1849 Nikolans durch einen gewissen Titoff die Auslieferung der ungarischen und polnischen Flüchtlinge von der Türkei forderte, schließlich jedoch mit langer Nase, nach dem Tritte, den er durch das Aufstehen der englischen und französischen Flotte erhielt, abziehen mußte. Sie wissen nicht, oder verschweigen, oder wollen hinwegwischen, daß ihr Erzwater, der lange Türkenfresser Nikolans, 1826—1827 von Canning die Auslieferung des Nikolans Turgenieff verlangte, der doch keines gemeinen Verbrechens angeklagt war. Canning antwortete damals dem Nikolans durch das Stillschweigen der Berachtung. „Come on“, dachte er wol, „but do not get seasick.“ „Nur immer her, aber werde nur nicht sekrank“, was sich auch die heutigen Bismard und Bismardier, einschließlich des Deserteurs von den Urharkantisten und Urhasim Lothar Bucher für die Keddellmgeleien in Konstantinopel merken können. Ja den Panславisten Bakunin hat sich der thönerne Väterchen Nikolans von den Desfreichern einliefern lassen, nachdem er diesen von den Sachsen übergeben war. Und auch der russische Student Feenburg wurde 1849 den Russen von den Preußen behändig, selbst ohne daß festzustellen wäre, welches politischen Verbrechens er sich in Rußland schuldig gemacht. Die preussische Regierung der Manteuffel und Spiesgefellen schleppte ihn mit Berufung auf die Kartell-konvention für die russische herbei, unter dem Hehen und Beifalls-klassen der „Kreuzzeitung“, deren Bände aus jenen Jahren voll-ständig in meiner Privatbibliothek vor mir liegen. Und ganz neuerdings erst wurde der polnische Priester Bronzjo — wie schon früher in diesen Spalten erwähnt — von dem hohenzollerischen Empire an seine erbfreundliche Nachhut, das russische Empire ausgeliefert. Das Bediententränzen des preussischen Abgeordneten-hauses, mit Hirsfbrei in den Schädeln und Kautschukherzen, nannte es „Anweisung“.

Es heißt den bezahlten Agentenspaß zu weit treiben, wenn die „Kreuzzeitung“ als Liberalität und Humanität preist, daß die russische Regierung nicht nur die Auslieferung der Herzen, Dgareff und Dolgorukoff nicht verlangt, sondern sogar nicht einmal versucht hat, auswärtige Regierungen zu veranlassen, den Genannten Schweigen aufzuerlegen und ihre politischen Handlungen zu überwachen. Was hatten denn die drei Herren zu Hause verbrochen? Sind sie nicht mit regelmäßigen Pässen davon gegangen? Also merci du pou! Do not mention it! Nicht wir, sondern der russische Gott muß seiner Regierung Dank sagen. „Sa njeblagodarnych Bog blagodarit!“ sagt ein russisches Sprichwort. „Für die Undankbaren dankt Gott.“ Wenn Herzen, Dgareff und Dolgorukoff im Auslande gegen die russische Regierung wählten, so haben das noch viele andere Menschen gethan und werden es hoffentlich weiter thun, ohne Furcht vor der neuen unzähligen russischen Prachtreiterei von Wodkabaubetern. Ja Baresowski hat sogar im Auslande auf den russischen Bizeget geschossen. Der russisch-asia-tische Bettelkoff soll doch nicht etwa auf der ganzen bekannten Erde unbestrittene Justiz üben. Für dergleichen freche Forde-rungen würde er in England gehäutet, in der Schweiz ge-röbert die „Kreuzzeitung“ hat vielleicht die von Rödersche Angelegen-heit 1849 vergessen) und in den Vereinigten Staaten mindestens gekatakast werden.

Die russische Regierung hat ihn nun, ihren Njetschajeff!

So hatten sie auch einst ihre Orloff, Barätinski, Toploff, die Peter den dritten ermordeten, ihre Pahlen, Suboff, Ben-nigsen, Umaroff, die Paul den ersten erschossen. Njetschajeff hat also möglicher Weise noch eine große Zukunft vor sich. Er soll seinen Mann ganz russisch-fashionabel abgeben haben, ganz a la Pahlen, Bennigsen, Suboff und Kompagnie. Es gehört dazu ein Bürgerthum, und man muß dem Opfer auf dem Bauche herum-hüpfen. Die nächste Todesursache ist dann natürlicher Schlagfluß.

Da haben Ihre Leser nun die Weisheit, die Wahrheit, die Aufrichtigkeit, das Wissen der Geheimräthe in spe, die ihre Staatslaufbahn bei der Kreuzzeitung beginnen und es bis zu „Vortragenden Räten“ bei deutschen Kaisern bringen können. London, den 5. November 1872.

Der Schreiber der „Russischen Briefe“.

## Politische Uebersicht.

Die neueste parlamentarische Komödie in Preußen endigt, wie wir voraussetzten, damit, daß nicht das Herren-, sondern das Abgeordnetenhaus seine früheren Beschlüsse „aufheben“ muß, um einen englischen Kunstaustrich zu gebrauchen. Während der Pause hat nämlich die Regierung die den Herrenhändlern anstößigen Punkte, welche durch das Abgeordnetenhaus in den Kreisordnungs-entwurf eingeschmuggelt worden waren, sorgfältig herausgepickt, und, so „ausgehöhlet“ wird er nun dem Abgeordnetenhaus „zur Annahme vorgelegt“. Vogel friß oder —! Die Paster, Miquel, Braun und Konforten haben bereits privatim ihr: Es ist gut, Herr! gesagt. Und um der Zweieelentheorie, die jetzt allerdings in starker Gefahr, eine längere Lebensdauer zu sichern, hat Fürst Bismard sich plötzlich sehr krank werden lassen. Ein „kranker Mann“ kann doch für keine Haupt- und Staatsaktion nicht ver-antwortlich gemacht werden.

Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt: „Es liegen der Deputation der zweiten Kammer eine Anzahl Beschwerden und Petitionen von Sozialdemokraten vor, gerichtet gegen diejenigen Polizei- bez. höheren Verwal-tungsbehörden des Landes, welche Verbote sozialdemokratischer Versammlungen, Vereine, Anweisung von Sozialdemokraten ic. erlassen haben. Die Petitionen sollen so wenig sachlich begründet, dagegen in ihrer Form so unhöflich abgefaßt sein, daß sie wol schwerlich Aussicht auf Erfolg haben dürften.“

Diese Nothig bedarf verschiedentlich Verichtigungen. So viel uns bekannt, kann es sich nicht um „eine Anzahl“ Petitionen han-deln, sondern wohl hauptsächlich um eine Petition, ausgearbeitet Namens der Landesversammlung der sozialdemokratischen Arbeiter-partei von einem Leipziger Comite. In dieser Petition sind die massenhaften Verfolgungen der Sozialdemokratie durch sächsische Polizei- und Verwaltungsbeamte chronologisch geordnet aufgeführt, und ist darin nachgewiesen, daß diese Verfolgungen nur auf Grund lühnster Interpretation der Gesetze stattfinden konnten. Um diese Interpretationen unmöglich zu machen, wird in der Petition gebeten, einige der reaktionärsten und zweideutigsten Paragraphen des Ver-eins- und Versammlungsgesetzes vom 22. November 1850 zu streichen. Die angeführten Thatfachen, die theilweise haarsträubender Natur sind, beruhen auf voller Wahrheit, und sind hin-länglich durch die sozialdemokratische Presse bekannt geworden, wenn auch die „liberale“ Presse Sachsens sich grundsätzlich be-mühte, sie todzuschweigen. Der Nachweis, daß die Maßregelungen nur auf Grund lühnster Auslegung der bestehenden Gesetze und im strikten Gegensatz zu der Praxis der letzten 12 Jahre d. h. in jener Zeit, in der überhaupt wieder von einem politischen und Vereinsleben in Sachsen gesprochen werden kann, geschahen, ist ebenfalls unwiederleglich geführt. Bedarf es mehr, um die Abänderung eines Gesetzes, das obendrein die „Liberale“ aller Richtungen als reaktionär und verfassungswidrig bekämpften, herbeizuführen? Aber die Petenten sollen unhöflich gewesen sein. Auch diesen Vorwurf weisen wir entschieden jurid. Wir geben gerne zu, daß die Petenten offen und rückhaltlos und nicht in jenem allerunterthänigsten Bettelton, wie es vielleicht sonst unsere erleuchteten „Vollvertreter“ gewohnt sein mögen, ihre Meinung ausgesprochen haben. Aber ihre Meinung frei und offen auszu-sprechen, war nicht nur das Recht der Petenten, sondern ihre Pflicht, und wären die Herren in Dresden wirklich „Vollvertreter“, für die sie sich doch ausgeben, dann müßten sie sich über eine offene männliche Sprache freuen, und das thun, was die Pflicht ihnen eigentlich von selbst vorgezeichnet. Abhilfe gerechter Beschwerden von dem mehr oder weniger unterwürfigen Tone abhängig zu machen, in dem die Petenten sich beklagen, das fehlte noch, um unsern Parlamentarismus so recht auf den Hund zu bringen. Nur immer zu ihr Herren, je schlimmer ihr es treibt, um so besser.

Zunächst werden wir abwarten, was die zweite Ständekammer mit unserer Petition anfängt. Ist das Resultat das, welches das „Leipziger Tageblatt“ andeutet, dann wird das nur eine Waffe mehr für uns sein. Wir werden dann die Petition nochmals ihrem Wortlaut nach veröffentlichen und die weiteren Maßre-gelungen, welche die Sozialdemokratie seit dem Abgang jener Petition nach Dresden erfahren, chronologisch geordnet veröffentlichen. Es kann nichts schaden, wenn den arbeitenden Klassen zeitweilig die Drangsale durch die Presse mitgetheilt werden, mit denen sie für all die Opfer an Leben und Gut von den herrschenden Klassen heimgesucht werden. Die Aeußerung des „Leipziger Tageblattes“ soll offenbar den Zweck haben, die Nichtigkeit der Beschwerden der Sozialdemokraten denjenigen Liberalen, die noch ein Fünkchen Gerechtigkeitsgefühl besitzen, plausibel zu machen. Die angeführten Gründe mögen für oberflächlich Urtheilende genügen. Das Volk wird man aber nicht täuschen, und die Aufgabe unserer Parteigenossen wird es sein, gegebenen Falles die Handlungsweise der sächsischen Ständekammer in das hellste Licht zu setzen.

Gambetta ist uns schon seit einiger Zeit nicht in den Blät-tern begegnet — was bei einem Mann, der ein Interesse daran hat, fortwährend die Augen der Welt auf sich zu richten, höchst merkwürdig ist. Deso mehr halten wir uns daher für verpflichtet, einen Trinkspruch, den der sogenannte „Jacobiner“ vor einigen Wochen auf den Helbengreis Thiers ausgebracht hat, der Ver-gessenheit zu entreißen:

„Im Namen der Ordnung, im Namen der Autorität des Gesetzes, der Achtung vor den republikanischen Formen und auch im Namen der Dienste, welche dem französischen Volke dieser er-fahrenre, geistvolle, empfindungsreiche, mit den Schwierig-keiten der Politik so vertraute, in seinem Eifer und seiner Thätig-keit für die öffentliche Sache so erstaunliche, für die Wünsche und Gesinnungen der öffentlichen Meinung so empfängliche, bei der Lösung der Schwierigkeiten so scharfsinnige Geistes geleistet hat, im Namen der denkwürdigen Dinge, welche der Präsident der Republik schon vollbracht und mit denen er die allgemeinen Interessen des Landes durch ein gleichsam intuitives Verständ-niß des Nationalwillens so wirksam gefördert hat (viel besser, als

wenn er z. B. nur die Stimme gehört hätte, die sich in dem De-partement Seine et Oise vernehmen läßt), trinke ich mit wahren Vergnügen auf die Republik und ihren Präsidenten!“

Dieses „wahre Vergnügen“ kann dem Herrn Exdiktator natür-lich Niemand nehmen; aber die gesammte Demokratie weiß, was sie von dem schmeichlerischen Präsidenten-Präsidenten zu halten hat.

Im Londoner Hydepark waren am Sonntag vor 8 Tagen dreißigtausend Arbeiter versammelt — eins der riesigsten Massen-meetings, die je auf diesem Schauplatz der Massenmeetings statt-gehabt — um gegen die fortgesetzte Einföhrung der seit 6 (sechs) Jahren gefangenen und notorisch auf das schrecklichste behandeltes „Fenier“ zu protestiren und eine Amnestie zu fordern. Der „Bund des englischen Proletariats und des irischen Volks“ war das Thema aller mit Begeisterung aufgenommenen Reden. Die Regierung wagte nicht, der Demonstration entgegenzutreten, obgleich sie ein Verbot der Benutzung des Parks erlassen hatte. Nachträglich soll nur den Veranlassern wegen Abhaltung einer unerlaubten Volksversammlung der Prozeß gemacht werden. Die Regierung ist aber entschieden im Unrecht, da die Parks Vollseigentum sind und seit unvorstelllichen Zeiten, ohne daß es einer obrigkeitlichen Erlaubniß bedurfte, zu Meetings benutzt worden sind. Indes ist das nicht maßgebend für die herrschenden Klassen, die in England um kein Haar breit „liberaler“ sind als anderswo, und thun, was ihnen gefällt und möglich. Was die geforderte Freilassung der Fenier betrifft, so wird sie selbstverständlich nicht erfolgen. Im heutigen Staat gibt's von Oben nur für Spießbuben, Huren und sonstiges Gefindel Amnestie, aber nicht für die Feinde der Spieß-buben, Huren und sonstigen Gefindels. Die Natur des heutigen Staats bringt das so mit sich.

Bei der amerikanischen Präsidentenwahl ist Grant, der bisherige Präsident, als Sieger hervorgegangen, was von Anfang an feststand; und auf 4 Jahre hinaus bleibt sonach Alles beim Alten. Der Wahlkampf hat nur Ein und interessirendes Moment, nämlich den kompletten politischen Bankrott des Rinkel- und Bismardarbeiters Schurz, der sich betriebsam zu einem „Staatsmann ersten Ranges“ aufgepufft hatte. Vielleicht bietet ihm jetzt Bismard einen Unterschlupf. Der politischen Lumpen sind zwar sehr viele „im Land der Gottesfurcht und frommen Sitte“, aber die Nachfrage nach dem Artikel ist so groß, daß man noch eine er-klecksliche Anzahl importiren und an den Mann bringen kann.

Die spanische Regierung — sie ist nicht bloß „liberal“, son-dern sogar „rabikal“ — hat wieder einmal das internationale Zitterfieber; sie hat sich heulmeyerad an Herrn Thiers und ver-muthlich noch an andere Staats- und Gesellschaftsretter mit der Bitte gewandt, sie doch durch gemeinsame Maßregeln gegen die Internationale von dem rothen Gespenst zu erlösen. Nun — gegen die Angst, so wenig wie gegen den Tod, ist kein Kraut gewachsen. Uebrigens will es uns schier bedünken, als sei's nicht bloßer Zufall, daß die spanischen Spizel sich gerade im Augenblick, wo die Berliner Stieberkonferenz zusammentrat, zu einer neuen Blamage verpflichtet glaubt haben.

Mittlerweile creilt die Remess unsere Gegner, Einen nach dem Andern. Zu dem entlarnten Ehebrecher und Testamentsfälscher und Gesellschaftsretter Jules Favre hat nun auch Gistra, der spe-reichliche Favre, von dem Bürgerthum selbst als gemeiner Lump auf den Misthaufen geworfen werden müssen. Der Mann hat wie das bei diesen gesellschaftsrettenden Pack Brauch ist, seine poli-tische Stellung dazu angeben, sich in schamlofer Weise zu bereichern, indem er bei allerhand Schwindelunternehmungen den Voo-vogel machte, um die zu ruspenden Gimpel den Herren „Orti-deren“ ins Netz zu schaffen. Ob nun Herr Gistra dieses Ehren-amt — das „des Schweiges des Reichen werth“ — nicht mit dem nämlichen Glük und Geschick bescheidet hat, wie seine Berliner Kollegen Braun, Miquel, Ujest und Konforten; oder ob die ge-rupften Wiener Gimpel nicht ganz so geulbig und resignirt sind, wie die gerupften Berliner Gimpel; oder ob die Wiener Jah-rber der öffentlichen Meinung nicht so gut eingerichtet ist, wie das Berliner Schweigerinstitut, das allerdings außer den regelmäßigen Betriebsgehältern, noch über die 700,000 Thlr. Einkünfte des Reptilienfonds als jährlichen Ertragzuschuß zu verfügen hat: — genug, Herr Gistra hat den Ingendmantel verloren und sieht in seiner wahren Gestalt da, als Schwindler und Betrüger. Pet-ten wir nicht in der Welt, die bloß die kleinen Spizbuben hängt die großen aber — aebet, würden wir ihm eine sehr schlechte Zukunft („mit akuten Halsbeschwerden“) prophezeien. So wird es wol nächstens wieder — Minister! —

Gegenüber den harten Strafen, welche das Leipziger Bezirks-gericht über unsere Redakteure verhängt, sobald bei einem so-genannten Beleidigungsprozeß ein nur irgendwie nach der üblen Seite hin auslegungsfähiges Wort in dem inkriminirten Artikel vorkommt, oder sobald von 10 Beschuldigungen auch nur die kleinste un-erweisbar bleibt — gegenüber dieser seltsamen Praxis wollen wir heute einmal zeigen, was nach Begriffen preussischer — ja preu-sischer — Gerichte erlaubt ist:

1) In der „Volkzeitung“ lesen wir: „Der geheime Kanzler-sekretär a. D. Carl Friedrich Otto, ein alter gebierter Militä-rer mehr denn 20 Jahre beim Regiment stand, hat einen Sohn, der den letzten Feldzug als Unteroffizier bei der 2. leichten Batterie des Garde-Feldartillerie-Regiments mitmachte und sich stets mit-telsthaft führte, bis vor mehreren Monaten der Hauptmann v. Ihlenfeld das Kommando der gedachten Batterie erhielt. Von jener Zeit an wurden die Unteroffiziere und Mannschaften der 2. leichten Batterie auffallend oft bestraft; u. a. erhielt der Un-teroffizier Otto kurz hintereinander für einen fehlenden Nagel am Geschütz 3 Tage Arrest, für das angebliche Schießigen des Säbel-koppelschloßes 7 Tage Kasernenarrest, für das erste halbständiges Ausbleiben nach Urlaub 5 Tage Mittelarrest ic. Alle diese Dato-säfte der Kanzeisekretär Otto, der Vater des Unteroffiziers, in einer Eingabe an den Kriegsminister zusammen, in welcher er sei-nem schmerzlichen Gefühl darüber Ausdruck gab, daß sein waga-Tapferkeit vor dem Feinde decorirter Sohn durch den häufigen un-gerechtfertigten Arrest an seiner Gesundheit Schaden nehme, und in welcher u. A. gesagt wurde, der Hauptmann v. Ihlenfeld habe sein größtes Glük in der Bestrafung der Mannschaften, er wirke darauf hin, daß die Leute nur die Arrestinstruktionen gründlich kennen lernen und nöthige die Unteroffiziere mit Gewalt, ihren Abschied zu nehmen. — Diese Eingabe wurde dem Kriegsminister dem Vater des Unteroffiziers übergeben, und letzterer be-antragte auf Grund einzelner Ausdrücke in derselben die Bestrafung des Otto sen. wegen Beleidigung. Entgegen dem auf 2 Thlr. Geldbusse lautenden Straftrage des Staatsanwalts er-klärte der Gerichtshof auf Freisprechung, indem er an-erkannte, daß aus der ganzen Fassung der Eingabe nicht im Ent-ferntesten die Absicht der Beleidigung, sondern nur das Bestreben hervorgehe, seinen Sohn gegen die angebliche Härte des Haupt-

manns v. Ohlenfeld zu schlingen. Das sei aber eine durchaus erlaubte Wahrung von Gerechtigkeiten."

Wir sind gewiß sonst keine Bewunderer oder gar Verehrer der preussischen Justizpflege — aber das können wir mit Bestimmtheit sagen: in Leipzig wäre der bedauerliche geheime Ranzleiführer (wenn man die Beurtheilungen der Volksstaatsanwaltschaft als Maßstab nimmt) mindestens mit 8 Wochen Gefängniß bestraft worden.

Nach drastischer ist der 2. Fall:

Der Leser erinnert sich wol noch der Affaire Salmuth aus Nr. 7 d. Bl. „Der Gutsbesitzer Contag-Bensken sollte in Bezug auf den Landrath von Salmuth öffentlich Thatsachen behauptet haben, welche denselben in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geiznet sind, und eben denselben durch Worte öffentlich beleidigt haben.“ Contag räumte im Unterhandlungstermin ein, auf dem Kreistage am 26. Juni cr., als er in die Kommission zur Einschätzung der Einkommensteuer gewählt, dieses Amt mit folgenden Worten abgelehnt zu haben:

„Ich will mit einer Behörde nichts zu thun haben, die grobe Vergehen ungeahndet läßt, während sie leichte Uebertretungen, die auch als solche noch nicht anzusehen sind, als Verbrechen anzusehen scheint.“

Er räumte ferner ein, diese Aeußerung auf den Landrath von Salmuth bezogen zu haben.

Nach der Angabe des Angeklagten bezog sich der erste Theil der incriminirten Aeußerung auf die Verheimlichung einer vom Lehrer Proffio bezugenen Wahlfälschung seitens des von Salmuth. Der zweite Theil bezog sich auf verschiedene Strafanträge des von Salmuth gegen liberale Pers. zu richten, die jedoch theils von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen waren, theils mit Freisprechung der Angeklagten geendigt hatten.

Der Angeklagte stellte entschieden die Absicht der Beleidigung des Landraths in Abrede, behauptete, daß die Aeußerung auf Wahrheit beruhe und daß er sie gethan habe, um die Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl zu motiviren, welche Ablehnung er unter den obwaltenden Umständen sich selbst schuldig gewesen wäre. Daß diese Gründe keine gesetzliche Ablehnungsgründe gewesen, habe er nicht gewußt und dürfte diese Unkenntniß auch nicht befremden, da der Landrath selbst die gesetzlichen Bestimmungen nicht gekannt habe.

Nach längerer Berathung erkannte der Gerichtshof, daß der Angeklagte der öffentlichen Beleidigung des von Salmuth nicht schuldig und die Kosten der Untersuchung niederzuschlagen und motivirte diese Entscheidung durch folgende Gründe:

„Der Gerichtshof habe den Beweis der Wahrheit, die erste Hälfte der incriminirten Aeußerung betreffend, für vollständig geführt erachtet, er nehme an, daß der Angeklagte im guten Glauben, seine Gerechtigkeiten zu wahren, dieselbe gethan und nicht gethan habe, daß der Ablehnungsgrund kein gesetzlicher sei. Zu dieser Annahme sei er um so mehr berechtigt, als auch der Landrath von Salmuth als Vorsitzender des Kreistages die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen gesündigt nicht gekannt habe. Daß der Beweis der Wahrheit, die zweite Hälfte der incriminirten Aeußerung betreffend, nicht vollständig geführt worden, sei indifferent. Die Form der Aeußerung konstative keine Beleidigung.“

Selbst bei theilweise nicht erbrachtem Beweis der Wahrheit wird in Leipzig auf die härtesten Gefängnißstrafen erkannt.

## Der Tod im Schacht.

(Death in the mine.)

Mit dieser Ueberschrift bringt der „Beehive“ einen bemerkenswerthen von George Howell geschriebenen Artikel, den wir den Lesern des „Vollstaats“ vollständig mittheilen müssen:

Der grimmige Tod hat drei gewaltige Bundesgenossen in unserer wachsenden Civilisation: Eisenbahnunglücke, Schiffbrüche und Katastrophen in Bergwerken. Dies sind die Schatzgräber der Wissenschaft, nur mit dem Unterschied, daß die Opfer nicht, wie die des indischen Götzen durch blinden Aberglauben dem Tod in die Arme getrieben werden.

Die Verstümmelten und Todten, welche alljährlich dieser großen Märderrarmee zugesetzt werden, erfüllen uns mit Schauern ob der Billigkeit des menschlichen Lebens. Wir suchen nur zu oft in der Ferne nach Gegenständen des Mitleids, die doch massenhaft vor unserer eigenen Thür liegen. „Der indische Todtenmarsch“\*) berührte eine tiefinnerste Seite, die durch das ganze Land vibrierte; und eine Mehelei in Neuseeland sendet Entsetzen in die abgelegendsten Heimstätten. Wenn sich ein Eisenbahnunglück ereignet, das mit Verlust von Menschenleben verbunden ist, so regen die grünen Häfen Einzelheiten das Gefühl von Behtausenden auf, welche die marterlichsternende Wähe lesen. Wenn ein Schiff an unseren tüdtschen Küsten zerschellt, wird allgemeines Mitleid dem armen Matrosen gesendet. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die größte Verletzung bei Eisenbahnunglücken herrscht, was daher kommt, daß wir Alle\*\*) mehr oder weniger auf Eisenbahnen reisen, jedoch nicht alle Matrosen sind; und daß die Eisenbahnunglücke mehr verhältnißmäßigen Ursachen entspringen.

Eine Betrachtung der näheren Umstände, unter welchen die erwänten furchtbaren Menschenopfer stattfinden, wird unwiderleglich feststellen, daß die Grubenarbeiter von Allen in der schlimmsten Lage sind.

Der Zeitpunkt ist günstig für die Besprechung dieser Frage, insofern wir während der letzten 8 oder 14 Tage diese sämtlichen drei Formen des Todes vor Augen gehabt haben: die Explosion in der Morley Main-Kohlengrube, das Eisenbahnunglück von Kirtlebridge, und die Schiffbrüche in Folge der jüngsten Orkane. Einige neuerdings veröffentlichte statistische Daten werden uns bei den Vergleichen, die wir zu machen wünschen, behilflich sein.

\*) Er hat mehr: die ganze heutige Industrie, alle unsere Gesellschaftsverhältnisse arbeiten dem Tod in die Arme. Es gibt fast kein Gewerbe, das die Lebensdauer nicht wesentlich, oft um mehr als die Hälfte und ein Drittel abkürzt.

\*\*) Schaggernaut (Schuggernaut oder Zuggernaut) ein indischer Gott, unter dessen Tempelwagen sich die Gläubigen werfen, um von den Wäbern jermaint zu werden.

\*) Unsere Arbeiter, die sich widerstandslos dem Moloch des Kapitals opfern lassen, sind ebenso aberschüchtern und beschränkt als die Indier, welche sich unter Zuggernaut's Mäher werfen.

\*) Nicht Billigkeit bloß. Umsonst ist zwar nicht der Tod, wie das Sprichwort sagt, weil aber das Leben. Wenn ein Hund, ein Pferd, ein Giel verunglückt, verliert der Eigenthümer so und so viel Thaler; wenn ein Arbeiter verunglückt, verliert der Arbeitgeber keinen Pfifferling.

\*) Der Marsch des Häufchens unter Haarloch während der großen Sipos-Rebellion.

\*) Bekanntlich auch der Grund, weshalb der norddeutsche Reichstag von die Eisenbahnen betr. Paragraphen des Haftpflichtgesetzes ziemlich radikal im Interesse des Publikums gemächt hat.

Der Gesamtverlust von Menschenleben betrug voriges Jahr auf den Eisenbahnen des Vereinigten Königreichs (England, Irland und Schottland) 404 aus einem Total von 307 Millionen Reisenden\*) und 200,000 Eisenbahnbeamten, oder zusammen 307,200,000 Personen; es ist also 1 Person von je 760,396 umgekommen. Verlegt wurden 1261 Personen, — 1 von je 243,809. Allein unter den Umgekommenen waren 16 Selbstmörder und 77 Personen, die wider das Verbot über die Bahn hatten gehen wollen, und diese beiden Kategorien gehören natürlich nicht eigentlich unter die Rubrik der Eisenbahnunglücke. Von den Getödteten und Beschädigten sind sehr viele Eisenbahnbeamte, nämlich 1 von je 1740 Eisenbahnbeamten getödtet und 1 von je 1560 beschädigt.

Der Verlust von Menschenleben durch Schiffunglücke an unseren Küsten und auf den sie bespielenden Meeren betrug 626, wovon 131 die Folge von Unvorsichtigkeit und ähnlichen Ursachen waren. Das Verhältniß der Todesfälle zu der Zahl der Personen kann ich, in Ermangelung der genauen Ziffern, nicht angeben. Die Gesamtsumme der durch Eisenbahn- und Schiffunglücke Umgekommenen beläuft sich also auf 1030.

Vergleichen wir nun diese Ziffern mit den so häufig eintretenden schrecklichen Grubenunglücken, und wir werden finden, daß im verfloffenen Jahre 1075 aus einer Zahl von 370,881 Personen in unseren Bergwerken bei solchen Unglücken das Leben verloren haben; auf je 345 Beschäftigte kommt demnach 1 tödtlich Verunglückter. Während der, Ende 1870 schließenden 10 Jahre verunglückte 1 von je 300, und in den 10 vorhergehenden Jahren 1 von je 245.

Von 1851 bis 1870 einschließlich sind bloß in unseren Kohlengruben 20,644, wir schreiben: zwanzigtausendsechshundertvierundvierzig Menschen verunglückt; rechnen wir dazu die Unglücksfälle in den Eisenstein-Bergwerken — etwa 68 per Jahr — so haben wir ein Total von über 22,000. In dieser grauenregenden Todtenliste gehört aber noch ein Anhängsel: in den Gruben werden alljährlich gegen 10,500 Personen beschädigt, von denen ungefähr 5000 im Durchschnitt derart, daß sie nie wieder die volle Gesundheit erlangen — sehr viel werden blind, lahm, oder so verstümmelt, daß sie ihre Berufsgeschäfte nicht mehr verfolgen können. Somit haben wir nicht nur 1 tödtlich Verunglückten auf je 345 Beschäftigte, sondern von je 35 $\frac{1}{2}$  auch 1 mehr oder weniger Beschädigten!

Diese Thatsachen sind so überraschend (?) und so erschütternd, daß ich die Redaktion bitten muß, dieselben vor das Publikum zu bringen, damit Etwas geschehe, wie die Arbeiter in den dunkeln Kohlenhöhlen zu schlingen, die Beschädigten zu unterstützen, die Hinterbliebenen der Verunglückten zu versorgen.

Unsere „nationale Rettungsboot-Anstalt“ nimmt sich des armen Matrosen an, unsere Gerichtshöfe entschädigen den Eisenbahnreisenden oder dessen Hinterbliebene — aber der arme Kohlengräber ist sich selbst und der edelmüthigen Hilfe seiner Mitarbeiter überlassen.

Dies der Artikel, dessen Schluß, dem Charakter des „Beehive“ gemäß, zu dem übrigen Inhalt sehr schlecht paßt, weil der Muth oder die Fähigkeit fehlt, die Konsequenzen zu ziehen.

Ein Appell an das Mittel nützt hier nichts. Seit Jahren verweigert das Parlament den Bergarbeitern den gesetzlichen Schutz.

Im heutigen Klassenstaat, möge er nun die Form einer parlamentarischen Oligarchie, einer absoluten Monarchie, oder einer Bourgeoisrepublik haben, ist an die Abstellung dieser abscheulichen Menschenopfer nicht zu denken. Wir sagen Menschenopfer, denn der Ausdruck „Unglück“ ist nur ein verlogener Euphemismus; der Beweis ist theoretisch wie praktisch geliefert, daß die Lebensgefährlichkeit der Kohlengräberei schon bei dem jetzigen Stand der Wissenschaft und Technik auf ein Minimum zurückgeführt werden kann, und daß neun Zehntel aller „Verunglückten“ nicht verunglückt wären, wenn die Grubenbesitzer zum Schutze der Arbeiter die von der Wissenschaft und Technik gebotenen Mittel angewandt hätten. Den Tod eines Menschen durch Raub- oder Fahrlässigkeit verursachen, bezeichnet aber das Strafgesetzbuch als „Tödtung“, die kriminell strafbar ist; und selbst nach juristischen Begriffen haben wir daher ein Recht, die unterirdischen Menschenopfer des Kapitals als ein gesellschaftliches Verbrechen zu bezeichnen. Aber wie kann man vernünftiger Weise die Abstellung dieses verbrecherischen Treibens von denen erwarten, die selber es üben, und davon profitieren? Im englischen Unterhaus sitzen und regieren die englischen Grubenbesitzer und deren Sippe, und wenn die englischen Arbeiter nicht länger dem Moloch geopfert sein wollen, dann müssen sie vor Allem den Molochpriestern das Monopol der politischen Gewalt entreißen. — Und so überall. —

(Seitdem Obiges geschrieben, erfahren wir durch die Zeitungen, daß im verfloffenen Jahre in den Steinkohlenbergwerken Sachsen 35 (fünf und dreißig) Personen getödtet und 1902 (neunzehnhundert und zwei) beschädigt worden sind. Die amtliche Statistik über die Zahl der 1871 in den sächsischen Steinkohlengruben Beschäftigten liegt noch nicht vor. Im Jahre 1870 aber — und die Ziffern für das Jahr 1871 sind fast unverändert geblieben — betrug sie 13,410; darunter 757 Frauen und Mädchen; 481 technische und kaufmännische Beamte sind in der Gesamtzahl mitgerechnet. Dividiren wir nun diese Gesamtzahl (also die Beamten mitgerechnet!) durch die Zahl der Verunglückungen, so ergibt sich, daß auf je 383 (dreihundertdreihundachtzig) Personen eine Verunglückung mit tödtlichem Ausgang kommt, was etwas günstiger ist als das englische Verhältniß; daß dafür aber auf je 7 (sieben) Personen eine Verunglückung mit nicht tödtlichem Ausgang kommt, ein um mehr denn das Fünffache ungünstigeres Verhältniß als in England! Während also die Gefahr, das Leben sofort zu verlieren in den sächsischen Steinkohlengruben um ein Weniges geringer ist, als in den Englischen, ist dagegen die Gefahr, verunglückt zu werden, für den sächsischen Steinkohlengräber über fünfmal so groß als für den englischen. Wir richten an die amtlichen Organe der sächsischen Regierung hiermit die Frage: Worin liegt der Grund dieses schrecklichen Mißverhältnisses? Und soll dies so fortbauern? D. R. d. B.)

## Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer. Presden, 10. Novbr. Am Donnerstags, den 31. Oktbr. hielten wir im Saale des Colosseum eine Versammlung ab. Tagesordnung war: 1) Der Dresdner Handwerkerlag und seine Beschlüsse. 2) Der internationale Kongreß zu Eisenach. Gäbler referirte über

\*) Es wird bei der Eisenbahnverkehrs-Statistik die Zahl der Reisenden nach der Zahl der ausgegebenen Billets berechnet; es versteht sich, daß dieselben Reisenden auf diese Weise oft mehrfach ja vielfach gerechnet werden.

beide Punkte und besprach unter der größten Aufmerksamkeit der Anwesenden jeden einzelnen Punkt des Handwerkerlages, sowie des internationalen Kongresses, wobei er die gegen die Bestrebungen der Arbeiter gerichteten Momente ganz besonders ins Auge faßte. Bezüglich Punkt 4 des Handwerkerlages, in dem gemeint ist, daß durch der Arbeitgeber einiges Zusammenhalten die schäumenden Wogen des Sozialismus eingedämmt würden, bemerkte er, daß sie damit zu spät kämen. Und Müller fügt hinzu, daß der Arbeiter stolz darauf sein könne, mit der Zeit ebenso weit vorgeschritten zu sein, als Jene zurückständen. Punkt 5: Einführung von Schiedsgerichten, wurde als höchst nothwendig anerkannt, weil man, wenn solche vorhanden, nicht bei jeder Streitigkeit den Advokaten den schwererregenen Lohn in die Taschen zu spielen brauchte. Eine längere Würdigung erfuhr Punkt 6 derselben, die versuchte Wiedereinführung von Arbeitsbüchern, wobei Referent und andere Redner auch bei der Debatte darin übereinstimmten, daß sie den Arbeitern wieder einen Zwang auferlegen wollten, mittelst welchen sie Solche brodblos machen könnten, welche ihre Kollegen etwas auflärten, was die Kleinmeister als Ruin ihrer Lage thörichter Weise betrachteten. Das beste Zeugniß eines Arbeiters sei die Arbeit. Ueber Punkt 1: wegen Befehl der Beitragspflicht zur Krankenkasse, meinte Referent, daß dies eine Pflicht sei, weil man die Arbeiter durch die Aufopferung ihrer Kräfte dazu in den Stand gesetzt hätte. Bei Punkt 10: Feststellung der dreijährigen Lehrzeit und Anfertigung eines Gesellenstückes, betonte Referent besonders die früheren Gebräuche und wie die Lehrlinge meistens die ganze Zeit hindurch den Lausungen machen mußten, und um den Dienstbotenlohn zu sparen, wünschte man den alten Pöppel wieder herbei; hierbei führte er ein neueres Beispiel an, welchen Tractirungen ein Lehrling vom Meister im Junftzwange angezogen sei, wie er wenigstens als Geselle erst hätte anfangen müssen zu lernen. Von einem Gesellenstück konnte da nicht die Rede sein. Bei Punkt 11: Gründung von Fortbildungs- und Fachschulen verwies Referent auf die bestehenden Institute und bebaute, daß sie immer viel versprochen aber nichts hielten, vielmehr dabei die Mehrzahl der Betheiligten, wie es der Fall sei, in ihren Bestrebungen ignorirten. Referent theilte ferner mit, daß bei den Verhandlungen des Handwerkerlages die höchsten Spitzen der Staats- und Stadtbehörde erschienen und mit dreifachen Hochs begrüßt worden seien, wie Bürgermeister Pfothenhauer darauf erwidert habe, daß die Kommunalbehörden Dresdens die Bestrebungen des Handwerkerlages mit größter Aufmerksamkeit verfolgten und für die Lage des Kleingewerbes besorgt wären, während doch in manchen Sachen das Gegentheil der Fall; ein Beweis sei die Vergebung der kostspieligen und rentabelsten Arbeiten an Ausländer, wie das Asphaltiren der Straßen, der Wasserleitungsbau u. dergl., wobei den Hiesigen die gröbere Arbeit und die Feststellung des Lohnes überlassen bliebe. Nachdem sich noch einige Redner über einzelne Punkte ausgesprochen, referirte Gäbler über den zweiten Punkt der Tagesordnung, verglich die Anträge des Kongresses mit denen des Handwerkerlages, hob hervor, daß die Männer des eisenacher Kongresses, Männer, die den Arbeitern fernstehen, das wollen, was man hier verwarf, was sehr zweideutig sei. Er zog dabei die Koalitionsfreiheit hauptsächlich in Betracht. Müller legte mit Ueberzeugungskraft die Lage des Kleingewerbes näher dar, wie es den Ruin deutlich vor Augen habe. Er erklärte, daß die Spitzen der Regierung nicht eher im Stande sein werden, ein richtiges Urtheil zu fällen, bevor sie nicht auch die Verammlungen der Arbeiter und deren Ansprache gehört haben. Hierauf ging eine Resolution ein, welche dahin lautet: „In Erwägung, daß der Handwerkerlag zu Dresden, nur von Sonderinteressen durchdrungen, zusammengetreten ist, daß die Beschlüsse desselben einseitig den Arbeiter unterjochende, längst veraltete, die in keiner Weise zur Ausführung als maßgebend zu betrachten sind,

daß diese Beschlüsse und Bestrebungen desselben nicht geeignet sind, das Mißverhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beseitigen, sondern vielmehr ein weiteres Zerwürfniß zu erwarten ist, erklärt die heutige Verammlung sämtliche Beschlüsse des Handwerkerlages gänzlich zu verwerfen.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient noch, daß der amerikanische Kommissar, welcher sich einige Tage hier aufhielt, beim Referiren des ersten Punktes in derselben erschien und bis zum Schluß aufmerksam zubörte. Ernst Knof, Vorsitzender. Ernst Herrmann, Schriftführer.

## Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Verichtigung. In der Bekanntmachung in Nr. 91 des „Vollstaats“ betreffs Uebernahme der Vereins-Untersilien sowie der Hauptkasse, sind zwei Druckfehler enthalten. Es darf nicht heißen ersten November 1871 sondern 1872, und in der Adresse des Hauptkassirers nicht Augustusstraße, sondern Augustusburgerstraße.

Gleichzeitig fordern wir die Mitgliedschaften auf, die Remoablen der Bevollmächtigten und Kassirer vorzunehmen, und uns deren Adressen nach erfolgter Wahl sofort mitzutheilen, da es nach Ablauf des Verwaltungsjahres 1871 bis 1872 die höchste Zeit ist. Chemnitz, 13. November 1872. Der Ausschuss. G. Schöffel, Geschäftsführer.

## Correspondenzen.

Leipzig. Wieder ist einer unsrer Redakteure vor Gericht das Opfer der Unwahrheit eines Parteigenossen geworden. Der Artikel in Nr. 2 d. Bl.: „Zu den Plünderungen der Deutschen in Frankreich“ war uns vom Verfasser mit dem Bemerkten zugesandt worden, daß Alles darin Enthaltene wahr sei; er habe es selbst mitangesehen. Nun, wo es galt, den Beweis der Wahrheit anzutreten, erklärte der Betreffende, daß er theilweise das Erzählte nur von Andern gehört, nicht aber selbst erlebt habe. Nach der bisherigen Praxis des Leipziger Bezirksgerichts gegen uns, jede von der Wahrheit auch nur um Haarsbreite abweichende — wenn auch materiell unerhebliche — Behauptung mit hoher Gefängnißstrafe zu belegen, wurde nun Heyner, da er nicht den vollständigen Beweis der Wahrheit, sondern nur einen theilweisen liefern konnte, zum so und so vielen Male zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt (im Ganzen hat er aus solchen Anlässen bis jetzt 20 Wochen). — In seiner Vertheidigung sagte der Angeklagte:

„Mir scheint bei Beurtheilung des vorliegenden Falles das maßgebend zu sein:

1) ob die Ehre des klagbaren 60. Regiments dadurch gerettet wird, daß ich nicht alle Behauptungen als richtig erweisen konnte, und

2) ob ich überhaupt in der Lage war, den Thatbestand genau prüfen zu können.

Beides, glaub ich, muß mit Nein! beantwortet werden.

Ad 1): Erwießen ist durch die Aussagen meiner beiden Zeu-

gen, daß geplündert und unnötige Barbarei verübt worden ist; es handelt sich also hier bloß um die Frage des Wieviel? und Wicoft? — Diese Frage ist aber, glaube ich, hier ganz irrelevant. Mag auch im incriminirten Artikel der Thatbestand etwas übertrieben geschildert sein — die Ehre des 60. Regiments wird dadurch nicht gereizt, daß sich nun herausstellt, es wäre ein paar Mal weniger geplündert worden, als im Artikel erzählt ist. Die Thatfache der Plünderung ist an sich schon so ungeheuerlich, daß sie jeden moralischen Grund, mich zu belangen, benimmt.

Ad 2) Da ich notorisch nicht im Kriege war, geschweige denn während desselben im 60. Regiment diente, konnte ich natürlich auch nicht alle Einzelheiten des incriminirten Artikels auf ihre exakte Wahrheit prüfen.

Darum erwarte ich Freisprechung.

Doch das Bezirksgericht schloß sich dem erstinstanzlichen Urtheil an — das übrigens ausdrücklich erklärte, daß dem Angeklagten nicht, „wider besseres Wissen“ gehandelt zu haben, nachgesagt werden kann — und gelangte zu obgedachtem Erkenntniß.

**Oberlungwiz.** Am 17. November hielten wir im Gasthof zum „Grauen Wolf“ eine Volksversammlung ab, in der Bahlscheid über das Programm der sozial-demokratischen Arbeiterpartei referirte. Referent ging jeden Punkt des Programms genau durch und behandelte alles so scharf und leicht verständlich, daß die Aufmerksamkeit Aller und namentlich Derer, die unsern Bestrebungen bisher fern standen, aufs Höchste gespannt wurde. Auch in dem zweiten Theile seines Referats, der über die Wichtigkeit der Wahlen handelte, ließ sich Herr Bahlscheid angelegen sein, den Anwesenden gründlich auseinander zu setzen, von welcher Bedeutung es sei, die richtigen und wahren Volksvertreter auf den Reichstag zu senden. Ganz besonders wurde auf die Wiederwahl Bebel's hingewiesen, durch die die Arbeiter zu documentiren hätten, daß sie im vollen Bewußtsein ihrer Pflichten und Rechte handelten.

Obgleich die Versammlung, unseren örtlichen Verhältnissen angemessen, nicht so stark besucht war, wie man es hätte erwarten können, so ist es immerhin ein erfreuliches Resultat, wenn man noch an nächstfolgenden Tagen von allen Seiten her erzählen hörte, daß durch diese Versammlung Klarheit in die Köpfe gekommen sei. Ich war Ohrenzeuge, daß gesagt wurde, dieser Vortrag war ein gediegener und wir haben jetzt ganz andere Vorstellungen von den Bestrebungen der Sozial-Demokratie wie bisher.

**Berlin.** 13. Nov. Schuhmacher Deutschlands, Österreichs und der Schweiz! Kollegen! Im Allgemeinen ist die Agitation zum Kongress reger; es sind noch aus folgenden Städten Briefe eingelaufen, welche zustimmend sich für den Kongress ausgesprochen haben, theils mit Mandaten, theils Delegirte anmeldend: Büdingen, Weisenfels, Langen, Elbing, Ratibor, Bejan, Göttingen, Demmin, Elmshorn, Volhet, Schweidnitz, Nordhausen, Potsdam, Bismar, Altenburg, Zwickau, Kreuznach, Schleswig, Danzig, Landsbut, Greifenberg in Pommern, Dessau, Ottmachau, Bunzlau, Innsbruck in Tyrol.

Im Allgemeinen verspricht der Kongress das regste Interesse. Zu bedauern ist nur, daß man einerseits eine solche ungerechtfertigte Opposition gegen uns erhoben hat; das Comité hat im Interesse der Sache geschwiegen, aber lange geborgt, ist nicht gescheit. Wie stark die Herrn sind in den Orten, von wo die Opposition gekommen, beweist die Abrechnung vom stuttgarter Striße (siehe Volksstaat Nr. 91 vom 13. Nov. 1872), welche Summe für die stuttgarter Kollegen eingeliefert sind aus jenen Orten für ihre Parteifreunde. Der stuttgarter Striße durfte nicht so enden.

Wer trägt die Schuld? — nur Die, die die Fadel der Zwiebracht getragen. Doch davon später. Wir können nur etwas erzielen, wenn wir Hand in Hand gehen. Wie sieht es aus mit den hamburger Kollegen, die früher an der Spitze der Arbeiterbewegung marschirten? Wo sind sie? Auf zum Kongress nach Berlin, muß jedes Kollegen Lösung sein.

Die Delegirten, welche zum Kongress nach Berlin kommen, haben sich nach den Lokal des Handwerker-Vereins Sophienstraße 15, zu begeben, das Comité wird amwesend sein. Der Kongress beginnt Sonntag, den 17. Nov., 11 Uhr.

— 15. November. Da in der letzten Zeit von den auswärtigen Kollegen viele Mandate eingelaufen sind und diese den Wunsch ausgesprochen haben, durch Berliner Kollegen auf dem Schuhmacher-Kongress vertreten zu sein, so kann ich berichten, daß dem Rechnung getragen wird. Jedoch darf man nicht vergessen, daß durch diese Vertretung einige Unkosten verursacht werden, denn wir sind Arbeiter; und wenn man für Andere vier Tage dem Kongress bewohnen muß, dann darf man wohl auch eine kleine Entschädigung beanspruchen. Ich erlaube deshalb die Mandatgeber zur Deckung der Unkosten für die Delegirten etwas Geld an den Kassirer Herrn Kühn, Kürassierstraße 14 in Berlin einzulassen. — Ferner sind noch Anmeldungen zum Kongress eingelaufen aus folgenden Städten: Quedlinburg, Neustadt a. M., Jülichau, Frankfurt a. M., Hanau, Höchst a. M., Lignitz, Reife, Striegau, Finsterwalde, Wandersb., Kiel, Freiburg.

**F. Aurin,** Königgraben 15 in Berlin. (Die beiden vorstehenden Correspondenzen gingen uns zu spät zu, um vor dem Kongress, also in Nr. 92, zum Abdruck gelangen zu können. Wir entschlossen uns aber, sie trotzdem abjudrucken. H.)

**Cassel.** 11. Nov. Nach Schluß der gestern abgehaltenen Versammlung zu Münden, begaben wir uns mit den Mündener Parteigenossen nach dem Lokale der Mitgliedschaft zum Gastwirth Weydemaier, Langestraße. Die Anhänger des „Neuen“ folgten uns und es entspann sich noch eine lebhaft Unterhaltung. Endlich brachen die Meisten von unsern Mitgliedern auf, auch die Casseler gingen zur Bahn. Eben wollte ich folgen, als Herr Schulz in der schamlosesten Weise über Liebknecht und Bebel herzog. Die haben ja 800 Thlr. aus dem Revolutionsfond genommen, die wollen bloß Revolution und keine Befreiung der Arbeiter. Herr Schulz hatte mich wahrscheinlich nicht gesehen, denn aufblödelnd schwieg er sofort. Ich warf ihm nun das Gemeine seines Betragens vor: Männer, die für ihre Ueberzeugung im Kerker schmachteten, sich also nicht verteidigen könnten, anzugreifen, sei eine Gemeinheit. Herr Schulz stieß mich plötzlich unermuthet mehrmals vor die Brust, daß ich taumelnd zur Erde sank; dies war die Antwort auf meinen Vorwurf. Mit geistigen Mitteln können die Herren nicht kämpfen, darum thun sie es mit physischen à la Földi. Durch solche Mittel wollen sie den Arbeitern die Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins beibringen. Eine Bereinigung gibt es nicht mit jenen Leuten. Wie sie in der Mehrzahl sind, treiben sie Tödsache und in der Minderheit kriechen sie wie die Ragen. Darum fest ans Werk, der Kampf gegen solche Menschen ist gerecht. Die gefaßte Resolution ist durch solche That zu nichte gemacht.

**Walg.** — 12. Nov. Auf Einladung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins begab ich mich gestern wiederum nach Münden. Zwar wäre mein Ausbleiben nach Obigem gerechtfertigt gewesen. Richter aus Hannover referirte über die Forderungen

Vassalle's. Vor der Eröffnung kam Hr. Schulz und hat für seine Nothheit, wahrscheinlich auf Betreiben Richters, um Verzeihung. Richter hielt sich vollständig sachlich. Im Verlaufe seines Referats betonte derselbe, daß die Forderungen Vassalle's böswillig verdreht würden von der Gegenseite. Auf die an ihn gerichtete Interpellation erklärte Richter, die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht gemeint zu haben, sondern die Partei des Besitzes, die Liberalen wie Konservativen. Nachdem ich denselben noch über verschiedene Punkte interpellirt und er mir stets befriedigend geantwortet, wies ich darauf hin, daß, trotzdem wir stets auf Vereinigung hingezogen, unsere Bruderhand mit Hohn von den Herren des „Neuen“ zurückgewiesen sei; ob wir denn noch länger der Bourgeoisie durch unsere eigene Zerfleischung Vorschub leisten wollten, oder ob wir endlich gemeinsam darauf hinarbeiten müßten, daß, wenn auch keine Einigung, so doch ein friedliches Zusammengehen beider Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie stattfände. Die Worte fanden den donnersden Beifall der Versammelten, welche sich gleich stark von uns wie von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins rekrutirten. Herr Richter erklärte sich bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mittel — wenn nicht eine Einigung möglich — für ein prinzipielles Zusammengehen zu wirken. Ich hoffe, daß Richter sein gegebenes Wort halten wird; wenn aber auch vorerst nicht viel zu hoffen ist, so werden doch die Herren Hakenklover u. endlich einsehen müssen, daß die Arbeiter Deutschlands dringend eine Einigung wünschen, und dann werden sie sich früher oder später fügen müssen. Uebrigens trug diese Versammlung, die ich, weil ich abreisen mußte, noch vor Schluß verließ, viel zur Klärung der beiderseitigen Ansichten bei. Ich hoffe, daß man nach meinem Fortgehen nicht etwa noch über und hergefällt ist.

**Cöln.** 11. November. Am vergangenen Sonntag feierte die Maurergewerkschaft ihr Stiftungsfest verbunden mit Ball. Die Theilnahme war eine überaus zahlreiche. Die Maurer hatten Einladungen an sämtliche Gewerkschaften sowie an die Parteigenossenschaften ergehen lassen, und waren diese verschiedenen Korporationen auch auf dem Ball vertreten. Das Fest verlief in der schönsten, der Arbeiter würdigen Weise. In den Tanzpausen wurden Lieder von den Festtheilnehmern gesungen und von der Kapelle begleitet. Eintracht und Brüderlichkeit charakterisirt das Fest und es wird dazu beitragen, unsere noch auswärtig stehenden Kollegen zur Gewerkschaft heranzuziehen. — Die Maurer schreiten rüstig auf der betretenen Bahn weiter und werden bestrebt sein, in erster Linie zu marschiren.

**Erklärung.** Folgende Notiz stand vor einigen Wochen im Briefkasten der „Chemnitzer Freien Presse“: „Redaktion des „Felleisen“ in Zürich. In Ihrer Nr. 19 vom 21. Septbr. d. J. findet sich ein Artikel „Die Verbrecher an der Menschheit Sache“ abgedruckt, der die Unterschrift R. Seh. trägt. Wir vermuthen, daß Ihnen diesen Artikel ein gewisser Kästel, der sich Raphael Schütz nennt und sich unseres Wissens jetzt dort aufhält, unter dem Vorgeben zugestellt hat, daß er, Schütz, denselben geschrieben habe. Derselbe hat sich früher hier in Chemnitz schon wiederholt als Annetirer fremden geistigen Eigenthums bewährt und scheint das Geschäft dort fortsetzen zu wollen. Der gedachte Artikel ist nicht von Schütz geschrieben, sondern von demselben aus Nr. 247 Jahrgang 1871 der „Chemnitzer Freien Presse“ gestohlen.“

Hierauf antwortet das „Felleisen“ vom 19. Oktbr.: „Es ist richtig, daß der in Frage stehende Artikel uns von dem Bürger Raphael Schütz als geschriebenes Manuskript übergeben wurde und lebten wir bis zu dem Tage, wo wir die „Chemnitzer Freie Presse“ erhielten, in der festen Meinung, daß wir es mit einer eigenen Arbeit der genannten Person zu thun hätten. Nachdem wir den Artikel der Nr. 247 Jahrg. 1871 des genannten Blattes mit dem des „Felleisen“ verglichen, haben wir natürlich die entgegengesetzte Ueberzeugung gewonnen.“

Einige Tage, ehe diese Nummer des „Felleisen“ erschien, erhielten wir aus Zürich, datirt den 12. Okt. von Herrn Raphael Schütz nachstehende

„Erwiderung: Eine Briefkastennotiz der „Chemnitzer Freien Presse“ spricht öffentlich die „Vermuthung“ aus: daß ich einen Artikel aus dem genannten Blatt der Redaktion des „Felleisen“ zum Abdruck unter meiner Chiffre „R. Seh.“ übergeben habe, in der Absicht, dieselbe zu betrügen. Die Thatfache liegt aber folgendermaßen: Der betreffende Artikel wurde in veränderter Form — und Angesichts der schweizerischen Presszustände — der Redaktion übergeben, ohne Unterschrift selbstverständlich. Die beiden Buchstaben sind von einem Redaktionscomitemitglied dem Artikel nur beigefügt worden in der persönlichen Meinung, als sei der Artikel ein Originalprodukt. Der Fehler meinerseits liegt nur darin, daß ich es versäumt habe, dieses Vorgehen, oder besser, Versehen, zu widerrufen. An diesen Formfehler klammert sich nun aber der Notizler (ohne Zweifel ein gewisser Uble), um denselben zum neuen Angriffspunkt seiner schon früher gegen mich geschleuderten Gehässigkeiten und Verläumdungen zu dienen.“

Vor wir diese „Erwiderung“ veröffentlichten, hielten wir es für gerathen, uns von dem Sachverhalt persönlich zu überzeugen. Auf unsern dringenden Wunsch schickte uns die Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse“ die aus ihrem gebundenen Jahrgang angeführte Nr. 247 von 1871 und wir fanden, indem wir den Artikel mit dem im „Felleisen“ vom 21. Septbr. abgedruckten verglichen, folgendes:

1) „In veränderter Form“ ist der „Felleisen“-Artikel allerdings, aber in einer so ungeschickten, daß man aus jedem Satze in deutlicher Weise die Art, wie Herr Schütz die Umwandlung vorgenommen hat, erkennt. „Verändert“ ist zwar jeder Satz, aber nicht dem Sinn nach, sondern nur durch Zusetzung oder Weglassung einiger Worte oder durch wesentliche Umschreibung und Umstellung einzelner Satztheile.

2) „Angesichts der schweizerischen Presszustände“ will Herr Schütz den Artikel „in veränderter Form“ dem „Felleisen“ übermitteln haben. Davon ist allerdings nichts zu bemerken, und halten wir das für eine sehr schwache Ausrufe des Herrn Schütz.

Leipzig, 5. November 1872.

Die Redaktion des „Volksstaat.“

### Zu den Reichstagswahlen.

**Crimmischau.** 13. Nov. Die heutige Nummer des „Cr. Anz.“ enthält folgenden Bericht, dem „Chemnitzer Tageblatt“ entnommen:

„Aus Glanhan erfahren wir, daß im dortigen Lager der Sozialdemokraten noch einige Meinungsverschiedenheit darüber herrscht, wie man sich bei der demnächst bevorstehenden Wahl eines Abgeordneten für den Reichstag im hiesigen Wahlbezirk an Stelle des bisherigen Vertreters Bebel, nachdem derselbe der aus öffent-

lichen Wahlen hervorgegangenen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verlustig gegangen, zu verhalten habe. Die Einen gedenken Bebel wieder zu wählen, gleichviel ob die Wahl nach staatsrechtlichen Grundsätzen wirklich realisiert werden kann, und wohl lediglich um damit zu dokumentiren, daß sie noch gleiche Ansichten mit demselben theilen, um derenwillen dessen Verurtheilung erfolgt ist. Auf der andern Seite hingegen hält man ein derartiges Darlegen seiner Gesinnung nicht für empfehlendwerth und ist man vielmehr für eine gänzliche Enthaltung bei der Wahl, sofern nicht auch ein Kandidat aufgestellt werden sollte, der ein gleiche politische Gesinnung und gleiche politische Fähigkeiten wie Bebel besäße.“

Wir können hierzu nur konstatiren, daß diese perfide Erfindung rein aus der Luft gegriffen und wol nur dazu erschienen ist, um die Köpfe der Wähler Bebel's in Verwirrung zu bringen.

Nicht eine Stimme in den Sitzungen des Bezirkscomités hat sich zweifelhaft darüber geäußert, ob bei der nächsten Wahl Bebel zu wählen sei, sondern man beschloß einstimmig, auf jeden Fall bei der herantretenden Wahl Bebel zu wählen, und zwar alle aufzubieten, um eine ganz bedeutende Majorität für ihn zu schaffen, als Beweis der Gesinnung des Volkes über die heringebrochene Reaktion.

Möge man Bebel entlassen oder nicht: ein Mandat wird bekommen, und wenn er es in der Rodtasche herumtragen muß, wir glauben im Gegentheil unsern Parteigenossen berichten zu können, daß man man sich der Wiederwahl gegnerischerseits vollkommen bewußt ist und sich aus ihnen schwer ein Kandidat findet, der sich dazu hergibt, den Kandidaten zu spielen.

(Crimmischauer B.- u. Bauernfr.)

**Verichtigung:** In der vorigen Nummer muß es im letzten Satz des Artikels „Gegen die Provinzialcorrespondenz“ queleonquo (Patois) und am Schluß des zweiten Absatzes der dritten Seite: 184 fälschlich (statt hauptsächlich) heißen.

**Briefkasten:** der Expedition: Heintz in Berlin: Die Annonce letzter 8 Ngr., Dienstags und Donnerstags bis Mittag längstens muß die Annonce haben. — Schubert in Kirchberg: Die Kalender mit dem 5. Heft des Processus erhalten Sie in nächsten Tagen. — Jung in Wernau: Sie erhalten Rabatt; was die Stempelsteuer bei Ihnen kostet, weiß ich nicht. — Binger in München: Abonn. 2. Quart. von Knospe erhalten. 40 H., die übrigen Epl. geben Sie an Schneider ab. — Wäber in Greiz: Schrift. 2 Thlr. — Bangard in Wollshofen: Abonn. 2 Thlr. — Voas in Ehrenbreitstein: Der Verkauf der Kalender hindert die Effectuirung der andern Schriften wesentlich. Kammerbirt in Gotha: Benutzen Sie die übrigen Epl. zur Agitation. — Billig in Jena: Sande Ihnen sofort die verlangte Nummer, dieselbe folgt nochmals.

der Redaktion: M. in Breslau: Es liegt ein Schreiben für Sie bereit, senden Sie Ihre genaue Adresse. — P. in Altona: Sie werden demnächst Antwort erh. R. Sch. in Mailand: Brief abgefaßt.

Für politische Gemäßigtere.

Von Harnisch 14 Ngr., von Rauri durch Galtich 8 Thlr. 27 Ngr. 1 Pf., von S. u. R. 7 Ngr. 5 Pf., von Harnisch 2 Thlr. 7 Ngr. 5 Pf.

### Anzeigen etc.

**Altona.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Mitgliederversammlung, Donnerstag, den 21. November, Abends 9 Uhr, im Schuhmacher-Amtshaus, gr. Bergstraße. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der inneren Vereinsangelegenheiten. NB. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. D. B.

**Elberfeld.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Mitglieder und Parteifreunde versammeln sich jeden Montag Abends 8 Uhr, Restauration Weinhardt am Bahnhöf. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der inneren Vereinsangelegenheiten. NB. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. D. B.

**Göppingen.** Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft in Saal, Pöcher (Aloe).

**Hamburg.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung heute Abend um 9 Uhr bei Oberbalden Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Comitewahl. 3. Verschiedenes. Die Mitgliedsarten sind vorzuziehen. August Weib.

**Leipzig.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 22. Nov., Abends 8 Uhr, im Saale der Restauration von Feidler, gr. Windmühlenstraße 7. Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrages über die sozialen und politischen Entwicklungsperioden von Heidemann. Sozialpolitischer Wochenbericht: Referent Galtich. Gäste willkommen. D. B.

**Leipzig.** Sonnabend, den 23. d. M.: Allgemeine Metallarbeiter-Versammlung bei Feidler, gr. Windmühlenstr. 7. Tagesordnung: Nutzen der Gewerkschaften. Der Striße der Berliner Maschinenbauer der Pflugfabrik. — Um rechtzeitigen Besuch ladet das Comité freundlich ein. Das Nähere belassen die Plakate. [28]

In der Stolberg'schen Verlagsbuchhandlung in Gotha erschienen in allen Sortiments-Buchhandlungen zu haben:

### Freireligiöser Kalender

für 1873.

Herausgegeben von Dr. Specht.

Preis 5 Silbergroschen (incl. Stempel). (36)

Für ein größeres Schneidergeschäft wird ein im Schneidern nicht unerfahrenes junges Mädchen als Stübe der Prinzipalin gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Reisegeld vergütet. Adressen beliebe man an: Frau Bertha Dilsfort, Cath. K. Nachholgerin, Braunschweig, zu richten.

Da eine zweite Auflage des

### Volksstaat-Kalender

für das Jahr 1873

demnächst erscheint, bitten wir die Bestellungen hierauf baldigst zu machen.

Inhalt desselben: Kalender, Gesichtskalender, Sprüche u. s. w. Marat, ein Bruchstück. Zahlen reden. Novelle: der Weber von Ebersdorf. Preis für Sachsen incl. Stempel 4 Ngr. 3 Pf. Im Ausland ohne Stempel 3 Ngr.

NB. Die Kalender dürfen dort, wo Stempelsteuer existirt, nur gestempelt verkauft werden.

### Die Buchhandlung des Volksstaat.

**Genossenschaftsbuchdruckeri.** Antbeilscheine bez. Anzählungsquantum erhalten ferner in Leipzig: C. S. 3 Thlr., A. Gr. 2 Thlr., A. M. 5 Thlr., F. Schr. 2 Thlr., C. G. 10 Thlr., C. St. 1 Thlr., C. P. 1 Thlr., C. G. 1 Thlr., B. Re. 1 Thlr., B. M. 1 Thlr., J. P. 2 Thlr.; in Neuchâtel: F. Sch. 30 Thlr., C. Th. 3 Thlr.; in Reudnitz: F. T. 10 Thlr., C. G. 2 Thlr., C. G. 3 Thlr.; in Weitz: F. Sch. 3 Thlr.; in Weitz: F. Sch. 3 Thlr., C. M. 10 Thlr., C. M. 10 Thlr.; in Forst: F. S. 2 Thlr.; in Johanneshal, Wehmen: J. Gr. 5 Thlr.; in Oberlungwiz: R. 1 Thlr., 5 Ngr.; in Großenhain: B. Chr. 10 Thlr. 5 Ngr.; in Braunschweig: C. R. 30 Thlr.; in Berlin: A. H. 4 Thlr., C. M. 1 Thlr., C. R. 1 Thlr., G. 2 Thlr., R. 1 Thlr., Dr. M. 1 Thlr., C. P. 2 Thlr., J. R. 1 Thlr.; in Augsburg: Ch. Schr. 5 Thlr., J. G. 5 Thlr.; in Pforze: J. R. 2 Thlr., J. Str. 2 Thlr., M. P. 1 Thlr., R. 1 Thlr.; in Tönberg: M. D. 1 Thlr.; in Erfurt: A. We. 1 Thlr. 5 Ngr., A. H. 1 Thlr. 5 Ngr., P. M. 3 Thlr. 5 Ngr., K. M. 1 Thlr. 5 Ngr., J. R. 1 Thlr. 5 Ngr., G. W. 1 Thlr. 5 Ngr., 15 Thlr. 5 Ngr.; in Breslau: A. G. 13 Thlr.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Wuth. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckeri.